

LIBANON

Kein Ersatz für Palästina

Palästinensische Flüchtlinge werden in den Nachbarstaaten Israels nicht immer mit offenen Armen empfangen. Im Libanon haben sie kaum Rechte, ihr Wunsch nach Rückkehr bleibt damit garantiert.

Anne Françoise Weber ist freie Journalistin und lebt zurzeit in Beirut.



Zurück in den Libanon: Hizbollah-Chef Sheikh Hassan Nasrallah spricht anlässlich des 13. Geburtstages der Inhaftierung von Sheikh Abdel Karim Obeid, einem shiitischen Geistlichen durch die Israelis in Beirut (29.7.2002). Nasrallah bot an, mit Hilfe von internationalen Mediatoren über den Austausch von Gefangenen mit Israel zu verhandeln. (Foto: epa)

Zwischen den weißen Linien auf dem Sportplatz befinden sich ein paar krumme, blassblaue Davidsterne. Hingemalt, um den Feind nicht zu vergessen. Aus der tristen Mehrzweckhalle hinter dem Feld dringt lautes Kindergebrüll. "Die spielen nur", sagt eine der vier Lehrerinnen, die auf Plastikstühlen in der Sonne sitzen.

Unterrichtspause in der "Alternativen Schule" in Libanons größtem Flüchtlingslager Ain el Helue. Eigentlich kümmert sich die UNRWA, das Hilfswerk der Vereinten Nationen für die palästinensischen Flüchtlinge, um deren Schulbildung. Aber die rund dreißig Sechs- bis Dreizehnjährigen hier sind entweder zweimal sitzengeblieben oder haben nicht die nötigen Papiere für die offizielle Einschulung. Mit Mariam und ihren Kolleginnen sollen sie trotzdem lernen. Auch Geschichte. Mariam zeigt stolz ein selbst gemachtes Schulbuch. Auf ein paar zusammengehefteten Blättern haben die Lehrerinnen in kindlichen Buntstift-Zeichnungen das Leben in Palästina dargestellt: Ein Bauer auf dem Feld, die muslimischen Heiligtümer in Jerusalem, Kinder

in der Schule, ein Fest - "und dann", sagt Mariam und zeigt das nächste Bild, "kommen die Juden und töten". Auf der letzten Seite das erhoffte Happy End: die Rückkehr der glücklichen Palästinenser in ihr Land.

Das Recht auf Rückkehr

In 20, 25 Jahren vielleicht, meint Mariam hoffnungsvoll, könnte es soweit sein. Doch vorerst ist sie mit ihrer Familie in das Flüchtlingslager nahe der Stadt Saida gezogen, weil es außerhalb für ihre Kinder keine Schule gab. Außerdem sind die Mieten für die halbfertigen, unverputzten Häuser hier niedrig. Ansonsten findet sie es viel zu laut und zu eng, es gibt keinen Platz zum Spielen für die Kinder, die medizinische Versorgung ist schlecht. 70.000 Menschen - oder mehr, so genau weiß das niemand, leben in Ain El Helue auf engstem Raum zusammen. Eine Ausweitung des Lagers verbietet die libanesische Regierung. In Jordanien oder Syrien geht es den palästinensischen Flüchtlingen besser, berichten die Lehrerinnen. "Aber" wendet Mariam ein, "hier können wir mehr für

das Land tun. Wir können demonstrieren gehen, das darf in Syrien niemand. Im Libanon herrscht größere Meinungsfreiheit."

Das ist allerdings auch fast schon das Einzige, was der Libanon den rund 400.000 Palästinensern bietet, die auf seinem Territorium leben. Das kleine Land hält unter den arabischen Gaststaaten, die nach 1948 Palästinenser aufgenommen haben, in mehrfacher Hinsicht Negativ-Rekorde: Im Libanon leben über die Hälfte der Flüchtlinge in Lagern, das sind sogar mehr als im Gazastreifen. In dem Land, das sonst oft für seinen hohen Bildungsstandard gerühmt wird, ist jeder fünfte erwachsene Palästinenser Analphabet. Nach Angaben der UNRWA gibt es im Libanon den größten Anteil an "special hardship cases", also Familien, denen es am Nötigsten fehlt.

Die Arbeitslosigkeit unter den Flüchtlingen wird auf bis zu sechzig Prozent geschätzt. Palästinenser im Libanon haben den Status von Ausländern, in manchen Bereichen sind sie als Staatenlose besonders benachteiligt. So hat ihnen letztes Jahr das Parlament per Gesetz das Recht auf Immobilienbesitz abgesprochen. In den 90er Jahren mussten die hier lebenden Palästinenser, immerhin in Besitz eines libanesischen Reisedokuments, sich sogar vor Aus- und Wiedereinreise ein Visum besorgen.

Abu Ali Hassan, Vertreter der Volksfront zur Befreiung Palästinas (PFLP) in Ain el Helue, kann viel über die Benachteiligung erzählen. Davon, dass Palästinenser im Libanon rund 70 Berufe nicht ausüben dürfen, dass die UNRWA hier erst vor wenigen Jahren weiterführende Schulen eingerichtet hat, weil es an den libanesischen Gymnasien zu wenig Platz für die palästinensischen Kinder gibt. In keinem anderen Gastland war das nötig.

Doch der freundliche Parteifunktionär, dessen Finger unentwegt mit einer knallgelben Perlenkette spielen, will auch erzählen, wie der vorige Premierminister Salim Hoss vor einigen Jahren bei einem Treffen mit Palästinenservertretern Verständnis gezeigt und immerhin für die Abschaffung der Visumpflicht gesorgt hat. "Wir verlangen von der libanesischen Regierung nur eins: Menschenrechte und soziale Rechte. Und natürlich das Recht auf Rückkehr." Natürlich, und das bleibt für Abu Ali auch das Wichtigste. "Nicht einmal die Libanesen finden bei der

schlechten Wirtschaftslage zur Zeit Arbeit. Also nützt es auch nichts, für unser Recht auf Arbeit zu kämpfen."

Was das Recht auf Rückkehr, und das heißt zunächst einmal den Erhalt des Flüchtlingsstatus anbelangt, kann Abu Ali Hassan auf die Unterstützung der meisten libanesischen Parteien zählen. Schließlich liegt ein Grund für die schlechte Behandlung der Flüchtlinge darin, dass ihre dauerhafte Ansiedlung und Einbürgerung um jeden Preis verhindert werden soll. Denn im Libanon dreht sich Politik vor allem darum, das fragile Gleichgewicht zwischen Muslimen und Christen zu wahren und eine Machtverteilung auszuhandeln, die alle Konfessionsgruppen zufriedenstellt. So sind auch Vertreter der muslimischen Schiiten bei allen Appellen zur Solidarität mit dem palästinensischen Volk dagegen, ihren Stimmenanteil im Proporzsystem durch die Einbürgerung der hauptsächlich sunnitischen Flüchtlinge zu verkleinern.

Kein Ersatz für Palästina

Außerdem geben viele Libanesen den Palästinensern und der PLO die Schuld am Ausbruch des Bürgerkriegs 1975 und daran, dass die Gewalt 16 Jahre lang kein Ende nahm. Die Armut der Flüchtlinge dient ebenfalls als Argument dafür, ihnen die libanesische Nationalität zu verweigern - die Wirtschaftsdaten des Landes seien schon katastrophal genug. Die libanesische Regierung hat den arabischen Gipfel in Beirut im vergangenen März genutzt, um sich gegen eine Einbürgerung auszusprechen - mit der offiziellen Begründung, sie wolle die Vertreibung der Palästinenser aus Israel nicht festschreiben.

Abu Ali hat allerdings schon vor fünf Jahren von einem hochrangigen christlichen Politiker gehört, dass dem Libanon unter internationalem Druck gar keine Alternative zur Einbürgerung bliebe. Auch das abnehmende Engagement der UNRWA in den Flüchtlingslagern lässt ihn vermuten, dass international nach Lösungen jenseits der Rückkehr gesucht wird. In den letzten Monaten hat der PFLP-Funktionär auffallend viele kanadische Delegationen im Flüchtlingslager getroffen. Sie haben den Grund ihrer Besuche ganz offen genannt: möglicherweise könnte ihr Land eine größere Zahl von Palästinensern aufnehmen.

Als Abu Ali ins Büro eines entfernt verwandten Schullektors eintritt, begrüßt der ihn mit den Worten: "Mit dir rede ich nicht, du darfst meine Schule nicht betreten, du bist Terrorist." Vor kurzem hat die Europäische Union die PFLP in ihre Liste terroristischer Organisationen aufge-

nommen. Abu Ali kontert lachend: "Gut, dann entführen wir dich jetzt." Ziad Kawasch ist Rektor einer UNRWA-Grundschule mit 1.114 SchülerInnen der Klassen eins bis drei. Die Tür seines kleinen Büros im Erdgeschoss steht immer offen, ständig schauen LehrerInnen, SchülerInnen und Eltern herein. Ziad begrüßt alle freundlich und hört sich ihre Anliegen an, dazwischen erzählt er von seiner Schule. Wie fast überall in den libanesischen Flüchtlingslagern findet Unterricht im Schichtwechsel statt, die einen sind morgens, die anderen nachmittags dran; durchschnittlich 50 SchülerInnen pro Klasse.

Ist der Libanon für Ziad, der hier geboren ist, nicht doch eine zweite Heimat? Nein, sagt er, Heimat sei ein schwieriges Wort, ein Traum. "Der Zustand der Palästinenser besteht darin, sich von allen Seiten verlassen zu fühlen. Und deshalb zu allem fähig zu sein, auch zu Selbstmordanschlägen." Er selbst hat das am stärksten 1986 gefühlt, als die Israelis wie so oft in den Jahren nach ihrem Einmarsch in den Libanon Ain el Helue bombardiert haben und sein Haus trafen, seine Frau verletzt war und abtransportiert wurde, er wusste nicht wohin. Bis heute fühlt sich dieser so gelassen wirkende Mittvierziger bedroht. Im Falle eines israelischen Angriffs erwartet er nicht, dass der Libanon die Palästinenser verteidigt.

Auch nicht, dass der Gaststaat die Schulbildung der palästinensischen Kinder unterstützt. Die Erzieherinnen, die im Kindergarten der Union arbeiten, sitzen in einer großen Runde im Versammlungsraum und üben ein Lied, das die Kinder im Sommer lernen sollen. "Mein Freund, Hand in Hand leben wir im Leid. Mein Freund, in mein Herz und in dein Herz ist Palästina gepflanzt." Das Leben im Camp sei gar nicht so schlimm, erzählt Nuzha, eine der jungen Frauen. Viel schlimmer sei der Druck von außen, die Straßensperren der libanesischen Armee an den Lagerausgängen, die Tatsache, nicht arbeiten zu können. Dann sagt sie lächelnd: "Natürlich leben wir im Libanon. Wir machen im Sommer auch Ausflüge und zeigen den Kindern das Land. Aber es gibt eben keinen Ersatz für Palästina."

Anne Françoise Weber